

Nach der Krise?

"Das historische Mega-Experiment, eine Volkswirtschaft mal eben abzuschalten, kennt kein Beispiel, weil selbst in den Weltkriegen die Wirtschaft weiterlief. Es kennt damit aber auch sein Risiko nicht." (n-tv.de)

Das Konzept sich einem Virus mit wochenlangen Ausgangsbeschränkungen, Kontaktverboten und einem Runterfahren der Wirtschaftsaktivitäten zu widersetzen, verlangt einen hohen Preis - nämlich dem Risiko des ökonomischen und sozialen Zusammenbruchs. Weshalb die Regierung momentan auch aktiv an einer Lockerung der Einschränkungen arbeitet.

War das Konzept zu forsch? Zu zögerlich? Das wird sich wohl erst in einiger Zeit beantworten lassen. Momentan ist jedoch absehbar, dass den Unternehmen unter die Arme gegriffen werden muss, und zwar entschieden.

Der lock-down und die unmittelbaren Folgen

Luxemburg stand wochenlang still, ein Zustand der zumindest in grossen Teilen der Wirtschaft weiter andauert. Quasi von einem Tag auf den anderen wurde die Wirtschaft auf "OFF" gestellt. Mehr oder weniger alle Sektoren waren vom lock-down betroffen, die wenigen Unternehmen, die noch arbeiteten, meldeten durch die Bank schwierige Zeiten. Umsatzrückgänge von 50% und mehr trotz Weiterarbeiten waren und sind an der Tagesordnung.

Die Regierung kündigte wirtschaftliche Hilfen an, ein Gesamtpaket im Gegenwert von 9 Milliarden Euro wurde geschnürt, um der Wirtschaft über den Berg zu helfen. Direkte Hilfen für Kleinunternehmen, vergünstigte Darlehen, Stundungen aller möglichen Steuern und Abgaben, Kurzarbeitergeld für alle betroffenen Sektoren, staatliche Bürgschaften zur Erleichterung der Kreditvergabe. Selbstständige wurden direkt

unterstützt durch Einmalzahlungen, welche notfalls wiederholt werden können. So weit, so gut.

Hilfe oder Anleitung zur Überschuldung?

In der Anfangsphase war das alles irgendwie gut gemeint und solide gemacht. Es stellten sich natürlich "technische Probleme" ein, allein wegen der unglaublich hohen Anzahl an Anträgen und Betroffenen waren vereinzelte Ministerien und Verwaltungen bis an ihre Belastungsgrenzen und darüber hinaus mit Auszahlungen beschäftigt, um die Unternehmen finanziell liquide zu halten und nach dem sanitären den wirtschaftlichen Supergau zu verhindern. Weitere Anlaufschwierigkeiten gesellten sich hinzu. Die staatliche Bürgschaft bei den Banken verlief eher schleppend und nicht alle Erfahrungsberichte aus den Unternehmen waren begeisterte Schilderungen darüber, wie großartig das alles funktioniert. Die verschiedenen Maßnahmen hoben sich in ihren Auswirkungen teilweise gegenseitig auf, so dass die Möglichkeiten der Unternehmen weiter eingeschränkt waren. Wenn man das Hilfspaket der Regierung aufdröselt, wird auch schnell ersichtlich, dass es nur wenige Direkthilfen an Unternehmen enthält, und größtenteils aus Stundungen und Krediterleichterungen besteht. Zusammengefasst kann man das Maßnahmenpaket interpretieren als staatliche Aufforderung an die Unternehmen sich zu verschulden, ohne zu investieren. Eigentlich ein NO-GO für einen Unternehmer!

Mit dieser und ähnlichen Erkenntnissen flachte die Begeisterung für die Hilfen auf Unternehmerseite zusehends ab. Vermehrt wurden kritische, ja ketzerische Stimmen laut. Wenn man den Unternehmen nicht helfen wolle, dann solle man dies gleich klar und deutlich sagen, anstatt sie an der langen Leine verhungern zu lassen, so die einen. Dann würde man lieber heute als morgen Konkurs anmelden, so lange die Schuldenlast irgendwie überschaubar bleibt, so die anderen. Warum sollen Unternehmen, warum sollen Unternehmer die einzigen sein, die sich wegen der Pandemie VERSCHULDEN müssen?

Auch Unternehmer wollen mehr Rechte als nur Steuern bezahlen zu dürfen

Die Regierung setzte im Radikalmodus zunächst allein auf den medizinischen Leitspruch, nach dem Schlimmeres zuerst einmal zu vermeiden sei und beschließt eine wirtschaftliche Blockade, um ein Ausbreiten des Corona-Virus zu unterbinden. Die gesunden Staatsfinanzen ermöglichen einem Großteil der Bevölkerung zumindest einen teilweisen finanziellen Ausgleich der erlittenen Einkommensverluste. Die einzigen Almosenempfänger bleiben dabei die Unternehmen und die Selbstständigen. Ihnen wurde ihre Selbstständigkeit insofern zum Verhängnis, als es den Markt, an dem sie sich verwirklichen und von dem sie leben, von heute auf morgen nicht mehr existierte, sie keinen Marktzugang mehr hatten aufgrund einer Entscheidung der Politik. Also muss dieselbe Politik ihnen auch durch die Krise helfen, und zwar ohne Ausnahmen und ohne Almosen, sondern aufgrund der berechtigten Forderung, wie jeder Bürger hierzulande behandelt zu werden! Nicht besser, aber auch nicht schlechter!

Das Versagen der Politik gegenüber den Unternehmern

Zwar erhielten sie direkte, nicht rückzahlbare Finanzhilfen. Diese wurden mittlerweile bereits mehrmals nachgebessert, allerdings ohne das eigentliche Kernproblem der Kostenübernahme generell und grundlegend zu lösen. Wie gesagt erhielten die Selbstständigen Hilfen. Aber eben nicht alle. Sie mussten direkt betroffen sein, durften nicht zu groß sein, mussten bestimmten Kriterien entsprechen, durften vorher nicht verschuldet gewesen sein... All die anderen, so das teilweise durch Regierungsmitglieder verbreitete Kredo, seien staatlicher Hilfe nicht würdig, weil sie irgendwann in der Vergangenheit gutes Geld verdient hätten. Eventuelle wirtschaftlicher Erfolg erlaubt einem also, Steuern zu zahlen, macht einen aber ansonsten zu einem Bürger zweiter Klasse?

Das ist für das Handwerk nicht hinnehmbar. Es gibt keine "guten" und keine "schlechten" Unternehmen in der Corona-Krise. Alle sind gleich: gleich betroffen, gleich unschuldig in die Krise hineingeraten. Auch die in Politikerkreisen umgehende Angst, bloß keinem zu helfen, der bereits vor der Krise Anzeichen von Schwäche hatte ist in der gegenwärtigen Lage überflüssig und kontraproduktiv.

Wenn der Bau läuft läuft alles? Mitnichten!

Mittlerweile sind insbesondere das Baugewerbe und andere Aktivitäten wieder aktiv, wenn auch unter teils schwierigen und produktivitätseinschränkenden sanitären Bedingungen. Die nächste Kostenfalle droht, trotz Wiederaufnahme der Aktivität. Zeitverlust und Verunsicherung der Arbeitnehmer sind wieder an der Tagesordnung, und auch die Kunden tun sich mit den gemachten Auflagen nicht unbedingt leicht und reagieren mit Unverständnis und teilweise offener Ablehnung. Die Umsätze kränkeln weiterhin in allen Bereichen, weil eben das wirtschaftliche Leben weiter auf Sparflamme funktioniert.

Volkswirtschaftslehre 1: Wirtschaft braucht Vertrauen

Weitere Lockerungen sollen Mitte Mai erfolgen, doch fragen sich manche, wie wir, wie das Handwerk, die Luxemburger Wirtschaft die nächsten Wochen und Monate überstehen soll. Steht Luxemburg tatsächlich vor der der größten Pleitewelle seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 wie von manchen behauptet? Der historisch einmalige Shutdown der gesamten Volkswirtschaft hat riesigen Schaden angerichtet, und jeder weitere Tag macht diesen grösser. Wenn die Regierung nicht aufpasst, wird der Schaden irreparabel. Die Unternehmen brauchen Perspektiven und weitere Hilfen, auch nach dem Auslaufen des lock-down. Der Shutdown riskiert gewaltige Kettenreaktionen hinter sich zu ziehen, von kollabierenden Produktionsnetzwerke und Lieferketten hin zu Insolvenzen und Pleiten - die durch die bisherigen Hilfsmaßnahmen bestenfalls verlangsamt aber nicht verhindert werden können – welche weitere Folgeprobleme bei Lieferanten, Gläubigern und Kunden mit sich bringen werden. Am Ende entsteht ein gewaltiger Vertrauensverlust, welcher riskiert die Wirtschaft insgesamt kollabieren zu lassen mit Folgeschäden weit über die direkt betroffenen Sektoren hinaus.

Darum muss die Regierung JETZT ein Maßnahmenpaket bringen, das den Unternehmen Vertrauen und Sicherheit gibt, das Perspektiven bietet und einen verlässlichen Rahmen absteckt und nicht bloß eine weitere Hilfe für eine bestimmte Kategorie Unternehmer die im Regelfall noch nicht einmal genügt, die laufenden Sozialabgaben und die Miete für das Geschäftslokal zu zahlen. Gebraucht wird ein strukturiertes Gesamtpaket, das alle Teile des unternehmerischen Tuns abdeckt und absichert, und auf das man für die Zukunft aufbauen kann. Und zwar für ALLE

Unternehmen, egal ob groß oder klein. Wenn ein Unternehmen tatsächlich einige Hundert Arbeitnehmer hat, heißt das nicht, dass seine Reserven im Zweifelsfall einige hundertmal grösser sind als die vom Kleinunternehmen. Ein solches Gesamtpaket hat mindestens zwei Abteilungen, als da wären direkte Hilfestellung zur Überwindung des lock-down und Wiederaufnahme der Aktivitäten.

Das Handwerk verlangt ein strukturiertes Hilfepaket für alle Unternehmen

Zum Kapitel "direkte Hilfestellung" will das Handwerk gleich eingangs anmerken, dass die bewilligten Hilfen vereinfacht gesagt die integralen laufenden Kosten des Unternehmens während der Corona-Krise decken müssen, ohne dass das Unternehmen sich verschulden muss. Es sind dies die Lohnkosten, welche durch das Kurzarbeitergeld gedeckt werden, die Lohnnebenkosten, welche weiterhin auflaufen und dementsprechend entweder integral beglichen oder aber während der Dauer der Krise storniert werden müssen, die Mieten und laufenden Kosten, welche zumindest anteilig gedeckt werden müssen, und zu guter Letzt ein Ersatzgehalt für den Unternehmer, im gleichen Umfang wie für den Rest der Bevölkerung. Damit wäre den Unternehmen klar, was ihnen als Hilfestellung zusteht, und sie müssten keine neuen Schulden aufhäufen, ohne Perspektive, wie sie gegebenenfalls aus dem Schlamassel rauskommen können. Die Abwicklung der Investitionskosten über staatliche Bürgschaften, Stundungen laufender Kredite usw. ist dann eigentlich wieder eine fast schon normale unternehmerische Tätigkeit, welche keine unüberwindbaren Probleme darstellen dürfte.

Bereits jetzt ist absehbar, dass längst nicht alle Sektoren Mitte Mai wieder werden arbeiten können. Die sanitäre Krise bleibt bestehen, das Virus ist noch immer da! Was früher normal war, muss morgen erst wieder erarbeitet werden, insbesondere der Bereich Arbeit wird als sanitäres Risiko angesehen, soziale Interaktion und Nähe zu Kollegen anderen und Menschen werden voraussichtlich längere Zeit nicht möglich, zumindest aber schwierig sein. Das Handwerk hat für sämtliche Sektoren Verhaltensmaßregeln erarbeitet, wie in absehbarer Zukunft gearbeitet werden soll. Das müssen die Unternehmen beherzigen und befolgen. Aber auch die Kunden müssen mitspielen und akzeptieren, dass auch sie ein Teil der Wertschöpfungskette sind und ihren Anteil an einem funktionierenden Wirtschaftsleben zu leisten bereit sein.

Weiterführung der Kurzarbeit unabdingbar

Das Kapitel "Wiederaufnahme der Aktivitäten" riskiert sich seinerseits wesentlich komplizierter zu gestalten. Zum einen, weil längst nicht überschaubar ist, wie lange die sanitäre Krise andauern wird, und wie hoch der Kostenpunkt für die Maßnahmen ausfallen wird. Erste Eindrücke gewinnt man momentan im Baugewerbe, wo über Lösungen nachgedacht wird, wie die Zusatzkosten gedeckt werden können, ohne allzu viel Streitigkeiten mit den Kunden zu riskieren. Andere Sektoren werden hier noch ihre Erfahrungen machen müssen, doch ist bereits jetzt absehbar, dass ein Kostenpunkt entsteht und dass der Druck in Richtung Preissteigerungen oder Sonderabgabe entsprechend zunehmen wird.

Andere Sektoren werden noch über Monate nicht oder nur sehr eingeschränkt arbeiten dürfen, man denke nur an die Vielzahl an Unternehmen, die im Catering oder im Veranstaltungsbereich ihr Auskommen gefunden haben, egal ob exklusiv oder nur zum Teil. Wenn auch nur ein Drittel des Jahresumsatzes einfach so wegfällt, ohne dass man weiß, wie langfristig mit den Kosten umgehen, wird schnell klar, dass man Entscheidungen treffen muss. Und das sind keine angenehmen Entscheidungen, deshalb muss hier schnellsten Klarheit entstehen, was mit weiteren Kostenübernahmen, mit Kurzarbeit, mit Bürgschaften passieren wird.

Insbesondere der Bereich Kurzarbeit wird über längere Zeit flexibel gehandhabt werden müssen, damit beispielsweise nicht die Beschränkung auf sechs Monate von heute auf morgen weitere Zahlungen unmöglich machen, oder aber auch in Bereichen, in denen eigentlich wieder gearbeitet werden kann, und wo man trotzdem noch nicht im "Normalbereich" angekommen ist weil entweder Kunden weiterhin Schwierigkeiten machen und einen nicht arbeiten lassen, oder weil Zulieferer Probleme machen, oder, oder, oder... Wenn also die Kurzarbeit in Bereichen, in denen gearbeitet werden kann, wieder zurückgefahren werden soll, müssen die einzelnen Sektoren trotzdem noch von den entsprechenden Maßnahmen profitieren können. Es wäre dementsprechend absolut hinnehmbar, wenn beispielsweise Unternehmen aus dem Baubereich sich mittelfristig auf strukturelle Gründe zur Gewährung von Kurzarbeit

berufen könnten, während in anderen Bereichen wie beispielsweise Catering oder Veranstaltungen die Begründung "Corona" ausreichend ist.

Volkswirtschaftslehre 2: Unternehmen sind keine Relais-Schalter

Die Politik darf die Interaktionsdichte innerhalb der Wirtschaft keinesfalls unterschätzen. Vor allem muss sie von der Annahme wegkommen, die Wirtschaft wie eine statische Großbehörde zu betrachten, die man kurz mal schließen kann, um ihr notfalls kurz danach mit Geld wieder auf die Beine zu helfen. Vielmehr sollte sie Wirtschaft eher wie einen komplexen, interaktiven Organismus betrachten, der zugrunde geht, wenn der innere Kreislauf gestört ist.

Bereits jetzt ist voraussehbar, dass nach Wiederaufnahme wirtschaftlichen Aktivitäten die Einführung einer staatlichen Zahlungsgarantie zur Absicherung geleisteter Vorauszahlungen eine sinnvolle Option wäre, damit der Liquiditätsbedarf der einzelnen Unternehmen nicht zu Zahlungsausfällen führt welche ihrerseits vor allem Subunternehmer treffen könnten. Vor allem in Bereichen, in denen mit Vorauszahlungen operiert wird wie beispielsweise im Bau, könnte eine solche Garantie dafür sorgen, das Zahlungsfristen respektiert, Arbeiten garantiert und Insolvenzen vermieden werden, zumindest bis das gegenseitige Vertrauen und der Liquiditätsbedarf der Unternehmen sich wieder normalisiert haben.

Und Europa?

Volkswirtschaftlich betrachtet war die Strategie, durch den erfolgten radikalen lockdown das Risiko einer Pandemie auszubremsen, war von Anfang an riskant. Die eingesetzten Rettungspakete, ob nun genügend oder nicht, sind ein untrügliches Zeichen dafür. Luxemburg hat sein Triple-A, nun muss sich zeigen, was es sich dafür leisten kann, leisten muss. Denn es geht nicht darum, Wirtschaft gegen Gesundheit auszuspielen, sondern klar zu machen, dass wir morgen ohne Unternehmen und ohne Wirtschaft auch keine Gesundheit und schon gar keine Fürsorge haben. Die europaweit aufgelegten Rettungspakete bergen bis dato immer noch das Risiko – verstärkt durch die Uneinigkeit auf europäischer Lage - einer Vertrauenskrisen und entsprechender Finanzmarktturbulenzen. Wieviel hält das Eurosystem in so einer Lage

aus? "Whatever it takes" war der magische Spruch, mit dem Draghi die EZB in die Lage versetzte, der Finanzkrise Herr zu werden. Was brauchen wir heute?

Fédération des Artisans Romain SCHMIT Generalsekretär +352 42 45 11 – 26 r.schmit@fda.lu